

## Leserbrief: Kirchturm Wilhelmshagen auf dem UMTS-Markt

Der Gemeinderat der Evangelischen Kirche in Rahnsdorf/Wilhelmshagen hält trotz des Protestes vieler Wilhelmshagener Bürger und des Bürgervereins an dem Vorhaben fest, den Turm der Taborkirche von Wilhelmshagen für die Installation einer UMTS-Station zu vermieten. Über die Geschmacklosigkeit, die Kirchtürme inmitten von Wohngebieten den Marktstrategien von Großfirmen zur Verfügung zu stellen, wie im Fischerdorf Rahnsdorf bereits geschehen und nun für den Ortskern von Wilhelmshagen geplant, ist nicht viel zu sagen.

Die gesundheitlichen Gefährdungen durch die Strahlung stehen außer Zweifel. Im Gebiet Rahnsdorf-Wilhelmshagen arbeiten z. Zt. in geringer Entfernung voneinander bei mehr als 50 Sendeanlagen bereits 27 UMTS-Sender, darunter vier in der Evangelischen Stephanus-Stiftung Ulmenhof. Gehäufte Tumorerkrankungen in der Nähe von Sendeanlagen sind an verschiedenen Orten bereits eingetreten. Zudem bedeutet die Überlagerung der einzelnen Strahlungen verstärkte gesundheitliche Belastung. Die in den europäischen Ländern sehr unterschiedlichen Grenzwerte zeigen die Unsicherheit bei der Beurteilung des Gefährdungsgrades. Inzwischen haben sogar die Versicherungsunternehmen die Rückversicherung gegen Schäden durch UMTS-Strahlung aus ihren Angeboten herausgenommen. Sie fürchten im Falle von Klagen erkrankter Bürger Ge-

richtsentscheidungen mit hohen Entschädigungszahlungen. Der Gemeindegemeinderat scheut die Konfrontation mit den Wilhelmshagenern nicht, aber wenigstens den schlechten Anblick: Er läßt die Sender verborgen im Inneren der Türme installieren.

Die große Zahl von Sendern ist weder für die Versorgung der Bevölkerung erforderlich noch technisch notwendig. Die Wilhelmshagener Bürger sind längst überversorgt. Die immer neuen Installationen ergeben sich aus der Vielzahl der Anbieterkonzerne, die nicht gemeinsam, sondern jeder für sich installieren. Wie kann man sich zum Vorreiter solcher Firmeninteressen machen?

Es befremdet sehr, daß der Gemeindegemeinderat sich nicht an die Richtpunkte des Umweltbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 22. 1. 2001 hält. Es heißt da unter Pkt. 6.7: „Die Anlagen sind so zu planen, daß die Exposition in Bereichen, in denen sich Menschen längere Zeit aufhalten, möglichst gering ist. Als Zielwert kann der Vorsorgewert des ECOLOG-Institutes für Wohngebiete von 0,01 W/m<sup>2</sup> herangezogen werden. Der Betreiber sollte verbindlich schriftlich zusagen, die Einhaltung dieser Werte nach Inbetriebnahme durch Messungen zu belegen.“ Bei einer Veranstaltung des Gemeindegemeinderates am 23. 3. 2006 wurde diese Empfehlung den Teilnehmern leider nicht mitgeteilt. Statt dessen wurde die Installation pauschal gemäß den gesetzlichen Grenz-

werten, die in Deutschland ohnehin höher angesetzt sind als in anderen europäischen Industrieländern, erläutert, also bis zu 4,5 W/m<sup>2</sup> (900 MHz), bzw. bis zu 9,0 W/m<sup>2</sup> (1800 MHz). Statt mit der Zustimmung von Ratsmitgliedern zu operieren, hätte man einen vereidigten Gutachter bestellen sollen, der in der Sache fachkundig raten würde.

Die finanziellen Bedürfnisse der Kirchengemeinde mögen nun auch noch einen Mietvertrag für den Kirchturm als geeigneten Weg erscheinen lassen. Doch solche Fragen sollte man einvernehmlich mit einer großen Zahl von Bürgern und mit dem Bürgerverein besprechen und vielleicht durch freiwillige Beiträge zu einer Lösung führen. Warum mutwillig in Konflikte steuern? Ein Streit mit der Kirchengemeinde würde wohl jeden Wilhelmshagener Bürger belasten, ob er

Mitglied einer der christlichen Kirchen sei oder nicht. Man wünschte sich, der Gemeindegemeinderat würde für sein Verhältnis zu den Bürgern ebenso denken. Nun kommt es wahrscheinlich zum Fortgang der Bürgerbefragung, um die Meinung der Einwohner festzustellen. Bereits jetzt liegen 185 Unterschriften gegen die UMTS-Strahlung mitten im Wohngebiet vor. Es wird über die zu erwartende tatsächliche Strahlenbelastung, über die Vielzahl und Aufstellungsorte der bestehenden Sender und über die Richtlinie informiert werden, die der Umweltbeauftragte der Evangelischen Kirche verfaßt hat. Hier tritt der seltene und bedauerliche Fall ein, daß eine evangelische Kirchengemeinde gegen eine hohe Zahl von Einwohnern geführt wird.

**Prof. Dr. Gerd Irlitz,  
Berlin-Wilhelmshagen**